

## **Für Bündnis 90/Die Grünen – Stadtrat Oliver Werner:**

### **Stellungnahme zum Haushalt 2019**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Bolay, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates und der Verwaltung, liebe Bürgerinnen und Bürger,

der vorliegende Haushaltsplan hat mit einem Volumen oberhalb der 100 Mio Euro Marke wieder eine beachtliche Größe erreicht. Ein Volumen, das mit steigenden Einwohnerzahlen und Aufgaben und dem anstehenden Investitionsstau die nächsten fünf Jahre sicherlich nicht kleiner werden wird. Wir bedanken uns als Grüne Fraktion daher bei allen Beteiligten in der Verwaltung, die auch dieses Jahr hart an dem vorliegenden Haushaltsplan gearbeitet haben. Es war sicherlich nicht einfach die anstehenden notwendigen Ausgaben und Investitionen mit der immer noch nicht idealen Einnahmesituation der Stadt in Einklang zu bringen.



So blicken wir auf einen Investitionsstau von rund 91 Mio € bei den städtischen Gebäuden, die alle in den kommenden Jahren Sanierungsanforderungen stellen. Eine gewaltige Summe, zumal die Finanzprüfung der Stadt nahegelegt hat Investitionsvorhaben von der Eigenfinanzierungskraft und der Bewilligung eingeplanter Fördermittel abhängig zu machen. Beim derzeitigen Investitionsstau ist es trotzdem nicht möglich ganz ohne Schulden auszukommen.

In den kommenden Jahren bis 2022 steigen die Schulden voraussichtlich auf 23 Mio €. Wir orientieren uns damit pro Kopf aktuell zwar noch unterhalb des Landesdurchschnittes. Betrachten wir aber die Eigenbetriebe ebenfalls und addieren sie dazu, ist die Verschuldungslage der Stadt deutlich größer. Selbst unter der Annahme steigender Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen stellt dies eine Verdopplung der Schuldenlast dar. Diese wird den Spielraum der Stadt in Zukunft stark einschränken und wir beobachten diese Entwicklung mit Sorgen.

**Wir ermuntern die Stadtverwaltung daher bei Ausschreibungen der Stadt möglichst auf Funktionalität zu achten und kostengünstige standardisierte Optionen - wo immer möglich - zu prüfen.**

In Anbetracht der anstehenden notwendigen Ausgaben ist die aktuelle Entwicklung der Gewerbesteuer sicherlich hilfreich. Diese ist zuletzt von 20,25 Mio € auf 22,5 Mio € für 2018 gestiegen. Das ist erfreulich und sorgt für finanzielle Entlastung. Ebenfalls ist sehr erfreulich, dass aus der geplanten schwarzen Null in diesem Jahr ein Gewinn von 1,83 Mio € geworden ist.

Auf weiter steigende Gewerbesteuereinnahmen und eine positive Konjunktorentwicklung können wir uns allerdings nicht auf Dauer verlassen. Der europäische Leitzins steht weiterhin bei 0 Prozent, und es gibt mehr als genug internationale Risikofaktoren für unsere globalisiert ausgerichtete Wirtschaft, die die positiven Prognosen schnell kippen können. Als möglichen Risikofaktor muss man nur an die Betrugsfälle und Rückrufaktionen in der

Automobilbranche denken, die erhebliche Verunsicherungen für die wirtschaftliche Entwicklung darstellen.

Daher ist es auch weiterhin notwendig sorgsam mit unseren Finanzen umzugehen. Es wird auch künftig keinen Spielraum für größere Wünsche geben. Die Ausgaben sind durch den Sanierungsstau weitgehend vorgegeben. Einer der größten Posten dabei ist sicherlich der Neubau der Sporthalle 1. Hierzu hat der Gemeinderat und Verwaltung ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Varianten mit aktuellen Zahlen darstellen soll, so dass hierzu Anfang des kommenden Jahres eine Entscheidung getroffen werden kann. Die Ergebnisse dieses Gutachtens warten wir gespannt ab und werden dann eine Entscheidung mit Augenmaß treffen, die die Bedürfnisse an die Halle und unsere aktuelle Haushaltssituation berücksichtigen wird.

Leider sehen wir auch kaum Möglichkeiten an der Gebührenschaube zu drehen um weitere finanzielle Flexibilität zu generieren. Die Steuersätze und Gebührenordnungen sind jetzt bereits im oberen Feld angesiedelt. Einzig die Bestattungsgebühren, die seit über fünf Jahren nicht angepasst wurden, wären für eine Überprüfung fällig. Hier ist der Kostendeckungsgrad seit 2015 von 66,5 auf bald unter 50 Prozent gefallen. Wir fordern eine Korrektur und stufenweise Erhöhung des Kostendeckungsgrads wieder auf 66,5 Prozent.

Der Großteil der Finanzierung der Investitionen und Sanierungen ist nach wie vor durch Grundstücksverkäufe gegenfinanziert. Dies ist - sofern es nicht um Innenentwicklung geht wie zum Beispiel bei den ehemaligen Schulgrundstücken in Ruit - keine nachhaltige Grundeinstellung, denn Boden ist begrenzt und lässt sich nicht vermehren. Irgendwann ist das Tafelsilber verkauft und es gibt keinen Spielraum mehr für künftige Generationen. Wir müssen in den kommenden Jahren haushaltstechnisch an den Punkt kommen, bei dem unsere Sanierungen auch ohne den weiteren Verkauf des knappen Gutes Boden auskommen können.

### **Wir brauchen eine vertikale Stadtentwicklung**

Das eben angesprochene knappe Gut Boden ist in Ostfildern ein wertvolles, auch ohne dass es zu Bauland wird. Es gehört zu den wertvollsten Ackerflächen der Bundesrepublik. Es bietet einen hohen Naherholungswert, den unsere Bürgerinnen und Bürger zu schätzen wissen. Und landschaftlich macht dieser unbebaute Boden als Landschaftsbänder zwischen den Ortsteilen den Charme der Filder aus, der unser Stadtbild prägt. Nicht umsonst ist dies unter „Ostfildern ökologisch“ im Leitbild der Stadt festgehalten.

Mit jedem neuen Baugebiet und jeder weiteren Straße geht ein Stück dieser Landschaft verloren. Wir Grünen stehen Flächenverbrauch und Bodenversiegelung grundsätzlich kritisch gegenüber. Das Gebot Innen- vor Außenentwicklung gilt für uns dabei nach wie vor.

Die Region hat auch weiterhin eine starke Anziehungskraft und bietet viele Arbeitsplätze und persönliche Perspektiven. Und es ist nicht abzusehen, dass dieses Bevölkerungswachstum abklingt. Auch wir Grüne sind uns des Siedlungsdrucks in der Region Stuttgart durchaus bewusst.

Es muss jedoch ein Umdenken stattfinden in der Art und Weise, wie neue Bebauungen geplant werden, um den Flächenverbrauch dabei so gering wie möglich zu halten. Die klassischen Einfamilienhausgebiete wie in den 60er und 70er Jahren können wir uns im Ballungsraum Stuttgart längst nicht mehr leisten. Die benötigte Anzahl der Wohneinheiten

und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sind nur durch Geschosswohnungsbau möglich, wenn wir verhindern wollen, dass die Landschaft auf breiter Fläche zubetoniert wird.

**Wir beantragen, bestehende Bebauungspläne im Sinne einer vertikalen Siedlungsentwicklung zu überarbeiten.**

Dabei sollen Aufstockungen von Wohngebäuden und der Ausbau von Dachgauben erleichtert werden, um weiteren Wohnraum zu schaffen. Gewerbeimmobilien, die oft noch einstöckig gebaut sind, sollen zur Betriebserweiterung die Möglichkeit bekommen, diese aufzustocken und auch das mehrstöckige Parken auf ebenerdigen Parkflächen soll die Stadt ermöglichen, wenn dies entsprechend von den Bauträgern gewünscht wird. Wir müssen zwingend die Spielräume der Innenentwicklung weiter optimieren.

Wenn der Gemeinderat trotzdem zusätzliche Gebiete in der Außenentwicklung beschließen sollte, können wir Grüne dies nur unter der Auflage mittragen, den Flächenverbrauch zu minimieren und den Wohnraum auf diesem zu maximieren.

**Wir beantragen, dass die Stadt bei allen Neuausweisungen von Flächen mindestens die Bebauungsdichte des Scharnhäuser Parks anstrebt.**

**Außerdem soll die Stadt ein Zweckentfremdungsverbot prüfen, zur Bekämpfung von Leerstand. Hierzu schlagen wir zunächst eine Bestandsprüfung der Zweckentfremdung in der Stadt vor um den Stand und das Potenzial zu erfassen.**

Gerade das derzeit in Planung befindliche Gebiet Nellingen West ist uns Grünen in der Fläche viel zu groß und die Dichte eigentlich auch nicht ausreichend hoch geplant. Hier befürworten wir eine Variante, die ausschließlich den nördlichen Teil der Fläche im Umfeld der Stadtbahnhaltestelle umfasst.

Um neue Gebiete wie Nellingen West zukunftswirksam zu konzipieren sollte an ein gutes Rad-Fußwegenetz zwischen den Gebäudezeilen und an überdachte Fahrradabstellmöglichkeiten vor den Gebäuden gedacht werden. Dann ist zu Fußgehen oder Radfahren für kürzere Distanzen praktischer und schneller als erst das Auto aus der Garage zu holen, das Wohngebiet zur Hauptstraße zu verlassen, und am Ende einen Parkplatz suchen zu müssen.

**Neuen bezahlbaren Wohnraum schaffen**

Immer weiter steigende Mieten beschäftigen die Verwaltung und den Gemeinderat bereits seit einiger Zeit. Es wird immer schwerer bis hin zu unmöglich, besonders in unteren Einkommensschichten, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Besonders betroffen sind dabei Senioren mit kleinen Renten, Alleinerziehende oder Familien, deren Einkommen gerade oberhalb der Grenze von Wohngeld liegt.

Sozialer Wohnungsbau sorgt - neben der direkten Schaffung von günstigem Wohnraum - auch durch die günstigere Miete als Vergleichswert für einen bremsenden Einfluss auf die Mietpreissteigerungen in der Umgebung. Wir unterstützen daher die Prüfung einer städtischen Wohnbaugesellschaft, die derzeit im Gange ist, und sind bereits auf die Prüfungsergebnisse gespannt.

**Als zusätzliche Möglichkeit gegenüber einer Städtischen Wohnbaugesellschaft möchten wir eine Wohnbaugenossenschaft anregen und beantragen, dass die Stadt auch diese Option prüft.**

Bei dieser Genossenschaft stellen wir uns die Bürgerenergiegenossenschaft als erfolgreiches Vorbild vor, eventuell sogar in Zusammenarbeit mit dieser.

Dabei sollen die Stadt, Mieterinnen und Mieter, heimische Handwerksbetriebe oder auch ethisch investierende Privatpersonen Anteile erwerben können. Diese statten so Bau- und Wohnprojekte finanziell aus, die nicht auf reine Gewinnmaximierung zielen, und bieten, wie bei der Energiegenossenschaft, durch eine niedrigere Verzinsung einen kleinen finanziellen Anreiz.

Die Stadt kann diese Genossenschaft durch Know-How, Initiierung, Kapitalbeteiligung, Erbpachten und Bürgschaften unterstützen. Ebenso steht der Genossenschaftsverband in Baden-Württemberg beratend als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Genossenschaft „wohnbau bogenständig eG“ aus Kirchzarten wäre ein erfolgreiches Beispiel einer solchen Wohnbaugenossenschaft

### **Alternativen zum Auto stärken**

Ostfildern hat bald 40.000 Einwohner. Zusätzliche Bürgerinnen und Bürger in der Stadt sorgen, neben steigenden Wohnkosten und Bodenverknappung, für zusätzlichen Verkehr auf den Straßen. Ostfildern erstickt zu Stoßzeiten im Autoverkehr. Dies betrifft alle Stadtteile. Das Problem kann keine noch so ausgefeilte Ampelschaltung lösen und auch keine neue Verkehrsregelung. Sie kann den Verkehr nur anders verteilen. Bestenfalls fließt der Verkehr, ist dafür aber verlangsamt. Die Gesamtzahl der Autos bleibt jedoch dieselbe.

Wir Grüne sehen als Ausweg, den Verkehrsmix neu zu denken. Verkehr sollte nicht mehr ausschließlich aus Sicht des Autos geplant werden. Nur durch attraktive Alternativen zum PKW können wir einer weiteren Verschlimmerung der Verkehrssituation entgegenwirken und BürgerInnen zum Umstieg bewegen.

Eben hier ist die Stadtbahn von herausragender Bedeutung. Die Stadtbahn hat eine Erfolgsgeschichte in Ostfildern. Die Wagen der Linie U7 sind in den Stoßzeiten oft schon voll besetzt, wenn sie die Stadtgrenze passieren, so dass es ab Heumaden nur noch Stehplätze gibt.

### **Die U8 ist zu einer wichtigen Querverbindung nach Stuttgart-Vaihingen geworden und sollte auf den 10-Minutentakt umgestellt werden.**

An diesen Erfolg wollen wir Grüne mit der Verlängerung der Stadtbahn nach Esslingen anknüpfen. Ein Neubaugebiet Nellingen West mit zusätzlichen VerkehrsteilnehmerInnen ist mit dieser Verlängerung viel besser vorstellbar. Diese Verbindung ist im Regionalplan bereits mit hoher Dringlichkeit eingestuft. Seit Jahren warten wir auf die Fertigstellung eines Wirtschaftlichkeitsgutachtens der SSB.

### **Wir beantragen daher, dass die Verwaltung sich aktiv für die Fertigstellung des Wirtschaftlichkeitsgutachtens einsetzt und die Stadtbahnverlängerung nach Esslingen aktiv vorantreibt.**

Ein weiteres zentrales Verkehrsmittel ist der Bus, der die Stadtteile und Wohngebiete anschließt und mit der Bahn verknüpft. Bis 2020 wird der S-Bahntakt stufenweise auf 15 Minuten umgestellt.

**Wir erwarten, dass die Stadtverwaltung dafür Sorge trägt, dass die Buslinien 119, 120, 122, 131, die den S-Bahnhof Esslingen mit der Stadt verbinden, ebenfalls auf den 15-Minuten-Takt umgestellt werden.**

### **Die Zukunft gehört dem Fahrrad**

Auch das Fahrrad gewinnt zunehmend als Verkehrsmittel an Bedeutung. Das Radverkehrskonzept des Landkreises Esslingen sieht einen Anteil des Radverkehrs am Individualverkehr bis 2030 von 20 Prozent vor.

Dass das Fahrrad jetzt schon ein gerne gewähltes Verkehrsmittel ist, sieht man an gut genutzten Radabstellmöglichkeiten in der Stadt. Besonders an den Stadtbahnhaltestellen Ruit und der Endhaltestelle Nellingen sind diese häufig sogar überfüllt und es wird jede Möglichkeit genutzt, die ein Anketten des Fahrrads zulässt. Wir möchten erneut die Dringlichkeit hervorheben.

**Es müssen mehr Stellplätze geschaffen werden. Vielleicht auch durch neue Lösungen wie mehrstöckige Parkierungsmöglichkeit als eine Art „Fahrradparkhaus“.**

Fakt ist jedoch: das Chaos um die Parkierung in der bisherigen Form ist nicht nur unschön für die RadfahrerInnen, eine geordnete Parkierung würde auch besser aussehen und die Haltestellen optisch aufwerten.

Einen erheblichen Schub in Richtung 20-Prozent-Anteil des Fahrrads am Individualverkehr bietet sicherlich die Entwicklung des E-Bikes, das die bei uns landschaftlich anfallenden Steigungen mit Hilfe des elektrischen Antriebes wie eine Ebene wirken lässt. Die steile Verbindung von der Esslinger Pliensau-Vorstadt in die Parksiedlung wird dadurch immer attraktiver für den Radverkehr.

Wir sind froh darüber, dass durch Landeszuschüsse nun endlich der Radweg entlang der Champagne ausgebaut werden soll. Diese Landesmittel sind jedoch nur bis zum 31.03.2019 abrufbar.

**Damit die Fördermittel nicht auf den letzten Metern verfallen, muss die Umsetzung des Radweges nach Esslingen beschleunigt angegangen werden.**

**Wir bitten außerdem die Verwaltung zu prüfen, ob Ostfildern Mitglied bei RegioRad der Region Stuttgart werden kann, bei dem der ortsübergreifende Verleih von Fahrrädern und teilweise e-Bikes an zentralen Punkten wie Stadtbahnhaltestellen möglich wird.**

Dies würde dem Mobilitätsmix in Ostfildern eine weitere Komponente bieten.

Wir sind gespannt, welche Ansätze die Verwaltung auf unseren Antrag aus dem letzten Jahr zur Erstellung eines ganzheitlichen Mobilitätskonzeptes dem Gemeinderat vorstellt - neben unseren Ansätzen und Anträgen.

### **Klimaschutz vor Ort vorantreiben**

Neben der Verbesserung der Verkehrssituation sind die alternativen Verkehrsmittel, auf die ich näher eingegangen bin, auch ein wichtiger Baustein im Klimaschutz. Der Rekordsommer mit seinen trockenen heißen Sonnenstunden lässt jeden aktuell spüren, welche Auswirkungen sich auch bei uns ergeben. Das mag zwar schön sein für den Freizeitwert im Sommer, aber jeder mit einem Garten merkt, wie sich die lange Trockenheit und Dürre auf die Pflanzenwelt und Landwirtschaft auswirken. Die Stadt leistet bereits wichtige Beiträge

zum Klimaschutz wie den Bezug von Ökostrom in der Straßenbeleuchtung und für städtische Gebäude oder die Bevorzugung von Fahrzeugen mit elektrischem Antrieb.

Ein wichtiger Beitrag zur CO2 Reduktion kann jedoch auch die Wahl von Baumaterial sein.

**Wir beantragen, dass die Stadt bei Bauprojekten prüft, ob der Einsatz von Recycling Beton sinnvoll ist, wie es aktuell im Landkreis diskutiert wird, und dass als Baumaterial weiterhin der Einsatz der Holzbauweise verstärkt als Alternative in Betracht gezogen wird.**

Durch besonders heiße Sommer wird das innerörtliche Lokalklima immer wichtiger. Um zu verhindern, dass sich durch sich aufheizenden Beton und Straßenbeläge stickige Luft ansammelt, sollte auch weiterhin bei der Stadtplanung auf Frischluftschneisen geachtet werden. Auch die Bedeutung von Bäumen fürs Kleinklima sollte nicht unterschätzt werden. Diese spenden Schatten und wirken der Aufheizung von Straßenbelag und Gebäuden entgegen.

**Daher fordern wir die Verwaltung auf, bei der Sanierung der Hindenburgstraße bei Bäumen, die ersetzt werden, auf schnellwachsende und standortgerechte Baumarten zu achten, damit diese ihre schattenspendende Wirkung möglichst bald wieder entfalten können.**

### **Jugendliche stärker beteiligen**

Seit dem 01. Januar 2015 ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Paragraphen 41a der Gemeindeverordnung gesetzlich verankert. In den vergangenen fast vier Jahren hat sich in der Stadt in diese Richtung unserer Meinung nach jedoch zu wenig getan.

Einmalige Projekte wie Kinderversammlungen alle fünf Jahre, deren Euphorie kurz danach wieder verloren geht, sind kein nachhaltiges Konzept der Beteiligung. Ebenso ist das derzeitige Jugendforum im Rahmen des Bundesprogramms Partnerschaft für Demokratie kein Ersatz für Jugendbeteiligung im Sinne dieses Paragraphen.

„Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen“. So steht es im Gesetz.

Bei Vorlagen im Gemeinderat vermisste ich diese Einbindung. Außer bei punktuellen Projekten wie Spielplätzen oder der Gestaltung der Grünen Mitte wurde diese bisher kaum erwähnt.

**Wir erwarten von der Verwaltung, sich Gedanken zu machen, in welcher Form Jugendliche in die Planungen der Stadt regelmäßig, selbstverständlich und nachhaltig einbezogen werden können.**

Mittelfristig wünschen wir uns eine Jugendvertretung mit Rederecht, Anhörungs- und Antragsrecht, wie dies bereits in anderen Kommunen der Nachbarschaft wie Filderstadt und Esslingen erfolgreich praktiziert wird.

Das Jugendforum ist ein positiver Ansatz. Es hat jedoch keines der im Gesetz verlangten Rechte und ist in seinen Projekten von den Bundesmitteln abhängig. Deren strenge Richtlinien - weit über die Gemeinnützigkeit hinaus - müssen eingehalten werden und sie sind vorerst zeitlich bis 2019 begrenzt.

Sollten die Bundesmittel nicht verlängert werden, muss dessen Fortbestand sichergestellt werden, dass das Engagement des Jugendforums nicht verpufft.

**Wir beantragen, dass die bisherige Arbeit des Jugendforums idealerweise auch durch Vertreter eben dieses dem Gemeinderat vorgestellt wird und damit auch eine Möglichkeit des direkten Dialoges mit dem Gemeinderat zum Thema Jugendbeteiligung besteht.**

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, freue mich auf weiterhin gute Zusammenarbeit und bin auf die Vorschläge der Verwaltung zu unseren Anträgen und Anregungen bereits gespannt.